

WEISS

Magazin der Freien Liste
No. 33 September 2020



Wem gehört die Zukunft? Lasst die Jugend mit- bestimmen!



Vernetztes Denken
Konsequente Umweltpolitik **14**

Doppelte Staatsbürgerschaft –
zur Abstimmung **24**

4

SEITE

**FL-Mitgründerin
Helen Marxer im
Interview – 35 Jahre
Freie Liste**

**FREIE
LISTE**
35 Jahre

12

SEITE

Die Themen der Freien Liste

Was verbindet sie mit der Freien Liste? Welche Themen soll die Freie Liste bearbeiten? Statements aus Fraktion, Präsidium, Vorstand und Gemeinderäten.

8

SEITE

**Junge Liste wünscht
sich Wahlalter 16**



26

SEITE

**Mobilitäts-
management**
Vaduz wagt den
ersten Schritt

ab 14

SEITE

**Wofür sich
Politiker*innen der
Freien Liste engagieren.**

VORWÄRTS IN DIE VERGANGEN- HEIT?

Pepo Frick, praesidium@freieliste.li
Co-Präsident Freie Liste

Liebe Leser*innen
Die Resultate vom Abstimmungssonntag, den 30. August, hallen in mir nach. Zuerst ist es mir wichtig, den über 80% der Wahlberechtigten zu danken, die ihre Stimme abgegeben haben – ein Erfolg für unsere gelebte Demokratie. Besonders herzlich danke ich den Initiant*innen der Verfassungsinitiative HalbeHalbe, die sich in der Öffentlichkeit exponiert und eingesetzt haben. Euer Verdienst ist es, dass sich alle Parteien trotz der massiven Ablehnung verpflichtet haben, eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien freiwillig anzustreben.

Das deutliche Resultat hat mich überrascht, für die Freie Liste bleiben diese drei Themen im Fokus. Aber ich frage mich, wie glaubhaft die beiden staatstragenden Parteien noch sind und ob ihre Anhänger*innen tatsächlich hinter ihnen stehen. Sie haben ihren Parolen die kalte Schulter gezeigt. Hier hebt sich die Freie Liste positiv ab, denn zwischen 75 und 81% der Freie-Liste-Mitglieder sind unserer 3xJa-Empfehlung gefolgt. Ein schönes Geburtstagsgeschenk für unsere Partei, die in diesem Jahr ihr 35-jähriges Bestehen feiert.

Hoffentlich lautet die Botschaft des dreifachen Volks-Nein nicht: «Vorwärts in die Vergangenheit». Das wäre ein Trend, dem sich die Freie Liste auch in Zukunft klar widersetzt. Die Freie Liste wird sich auch künftig für eine regionale und ökologische



Mobilität, die doppelte Staatsbürgerschaft und die ausgewogene Beteiligung der Frauen in der Politik einsetzen. Themen, die uns zukunftsfähig halten.

Vielleicht brauchen wir wieder einen Anstoss der Jungen. Ich bin überzeugt, dass die jungen Klimastreikenden mit ihren Zukunftsmodellen uns beispielhaft den Spiegel vorhalten und uns vor Rückschritten bewahren werden. Deshalb bin ich auch ein klarer Befürworter des Wahlalters 16.

Liebe Leser*innen, müssen wir davon noch überzeugt werden? Dann empfehle ich, dass sie der Jungen Liste zuhören, die das Thema Wahlalter 16 an der GV am 10. September auf die politische Agenda gehoben hat.

SWISS CLIMATE
CO₂ NEUTRAL
GEDRUCKT
SC2020091501

Impressum

Herausgeberin: Freie Liste, Liechtenstein
Redaktionsleitung: WEISS, Birkenweg 6, 9490 Vaduz
Alexa Ospelt, info@weissmagazin.li
Gestaltungskonzept: Tomcat AG, St. Gallen
Satz: Mathias Marxer Est.
Bilder: Klaus Schädler, Martin Walsler, zvg
Illustration Rückseite: Jürgen Schremser, Wien
Druck: LAMPERT Druckzentrum AG, Vaduz
Papier: Bavaria 80g/m², FSC
Auflage: 20'700 Ex.



1985 hat Helen Marxer die Freie Liste mitgegründet. Seither ist sie engagiert und unermüdlich im Einsatz für Frauenrechte und für faktische Gleichstellung. Vom politischen Engagement der jungen Generation und von den Klimastreiks ist sie beeindruckt.

Interview: Alexa Ospelt

«EINSTELLUNGEN ÄNDERN SICH NICHT VON SELBST»



Helen Marxer ist eine Pionierin und Ikone der liechtensteinischen Frauenbewegung. Sie hat für den Verein Frauen in guter Verfassung in der Broschüre «Der lange Weg der Frauen zu politischen Rechten und zur Gleichberechtigung in Liechtenstein» dargestellt. Auf freieliste.li ist das Dokument als Download verfügbar.

Weiss Magazin: Du hast vor 35 Jahren die FL mit gegründet. Inzwischen sind deine Enkelkinder bestimmt schon wahlberechtigt.

Helen Marxer: Ja, ein Enkel ist 18 und ist kürzlich der Jungen Liste (JL) beigetreten. Die JL hat mich an eine Zusammenkunft eingeladen, an der ich einen Überblick über die Entwicklung der Frauenrechte in Liechtenstein geben durfte. Das Interesse war beeindruckend.

Wie erlebst du die junge Generation? Bist du für ein Wahlrecht mit 16 Jahren?

Ich bin ganz klar für das Stimmrecht ab 16. Die jungen Leute erlebe ich als sehr aufgeschlossen, politisch interessiert und reifer als noch vor einer Generation. Sie sind sensibilisiert für ökologische Fragen und oft sozial engagiert. Durch den Klimawandel sind viele politisiert worden und ihre Sorge gilt der Umwelt und ihrer Zukunft. Sie sehen, dass zu wenig getan wird, um die Klimaziele zu erreichen, und haben erkannt, dass sie sich selber engagieren müssen. Der Staatskundeunterricht hat sie auf Wählen und Abstimmen vorbereitet und die Gesellschaft erlaubt ihnen, Wein und Bier zu konsumieren. Wir sollten ihnen auch zutrauen, ihre staatsbürgerlichen Rechte auszuüben. Ausserdem stehen einige schon im Berufsleben, verdienen Geld und bezahlen Steuern. Die 16-Jährigen sind erwachsen genug, um sich eine Meinung zu bilden und mitzubestimmen.

Und die Älteren? Soll das Rentenalter erhöht werden?

Ich bin dagegen, das AHV-Alter in Liechtenstein zu erhöhen, und ganz sicher nicht dasjenige der Frauen, denn die Betreuungsaufgaben für Kinder und betagte Eltern werden ihnen oft einseitig überantwortet. Frauen arbeiten häufig Teilzeit, kommen deshalb nicht auf eine volle AHV-Rente, haben meist eine kleine oder gar keine Pensionskassenrente und sind dadurch im Alter häufig von Armut betroffen. Ich habe gelesen, dass die Schweizer Frauen durchschnittlich eine um 63% tiefere Pensionskassenrente als die Männer erhalten und ein Drittel der Frauen überhaupt keine solche bezieht. Die Situation in Liechtenstein wird ähnlich sein.

Ein weiteres Argument gegen die Erhöhung des Rentenalters ist die Tatsache, dass 2001 im Sinne der Gleichberechtigung das Rentenalter der Frauen um zwei Jahre auf 64 Jahre erhöht und in der gleichen Revision dasjenige der Männer um ein Jahr gesenkt wurde. Dies zeigt, wie schnell etwas geändert wird, wenn eine Ungleichheit zu Ungunsten der Männer besteht. Ab 2005 galt dann für beide Geschlechter das AHV-Alter 64 und ab 2017 das Alter 65.

Wie könnte eine faire Lösung bei der AHV aussehen?

Wie wäre es, wenn die Frauen, die während ihres Berufslebens weniger Lohn erhalten haben, dafür weniger lang arbeiten müssten als die Männer? Im Sinne eines Ausgleichs müsste deshalb das Rentenalter nicht erhöht, sondern gesenkt werden. Das Rentenalter ist heute für Frauen und Männer gleich, die Löhne nicht.

Ehepaare würden auch von einer Senkung profitieren, wenn die Rente der Frau früher ausbezahlt wird. Alleinstehende Frauen müssten nicht mehr gleich lang wie Männer arbeiten, was ihre tieferen Löhne ausgleichen würde. Wenn es möglich war, das Rentenalter bei den Männern zu senken, müsste dies auch bei Frauen gehen.

Zur Sanierung des Staatshaushaltes beschloss leider der Landtag im November 2011, den Staatsbeitrag an die AHV ab 2015 auf 50 Mio. Franken und ab 2018 auf 30 Mio. Franken zu kürzen. Der Staatsbeitrag müsste wieder erhöht werden, wie das die Freie Liste schon mehrmals gefordert hat.

Wie war die Situation der Gleichstellung vor 1984?

Es gab keine politischen Rechte für Frauen und die Mehrheit wollte das nicht ändern. Das Rollenschema war ausgeprägt, eine Ausbildung galt für Mädchen als nebensächlich und Frauen sollten nicht berufstätig sein. In der dritten Männerabstimmung 1984 wurde den Frauen das Stimm- und Wahlrecht knapp erteilt, fast die Hälfte der Männer stimmte dagegen.

Was geschah nach 1984 in Liechtenstein?

Den Akteur*innen der «Aktion Dornröschen» war klar, dass es mit dem Frauenstimmrecht noch nicht getan war, denn es bestanden viele benachteiligende Gesetze, und sie nutzten das neu erworbene Stimmrecht, um eine Verfassungsinitiative für gleiche Rechte zu lancieren. Obwohl auch Frauen abstimmten, scheiterte die Vorlage, erst 1992 wurden die Frauen den Männern rechtlich gleichgestellt und erst 1996 waren alle ungleichen Rechtsbestimmungen aufgehoben. Dass die faktische Gleichstellung aber noch nicht erreicht ist, sieht man z. B. an der Untervertretung der Frauen in der Politik.

1985 warst du Mitgründerin der Freien Liste. Wie hast du die Anfänge erlebt?

Etwa gleichzeitig mit dem Einsatz für gleiche Rechte entstand die Idee, eine neue Partei zu gründen. Im November 1985 wurde dann die Freie Liste als Verein gegründet. Bei ihren ersten Landtagswahlen 1986 scheiterte sie mit 7,6% mit an der 8%-Sperrklausel.

«Ich bin ganz klar für das Stimmrecht ab 16. Die jungen Leute erlebe ich als sehr aufgeschlossen, politisch interessiert und reifer als noch vor einer Generation.»

Wo ist die Gleichberechtigung am weitesten fortgeschritten und wo am wenigsten?

Am meisten Fortschritte gab es bei der Abschaffung ungleicher Gesetzesbestimmungen. Wird eine Frau heute rechtlich benachteiligt, kann sie ihr Recht dank dem Verfassungsartikel «Mann und Frau sind gleichberechtigt» durchsetzen.

Die wenigsten Fortschritte gab es in der Wirtschaft. Die Frauen sind in höheren Positionen untervertreten, erhalten oft weniger Lohn und ihre Aufstiegschancen sind schlecht. Ich bin überzeugt, dass es hier politische Massnahmen braucht, denn Einstellungen verändern sich nicht von selbst.

«Wie wäre es, wenn die Frauen, die während ihres Berufslebens weniger Lohn erhalten haben, dafür weniger lang arbeiten müssten als die Männer?»

Wo werden Frauen am meisten benachteiligt?

Bei der unbezahlten Arbeit. Von einer Frau wird erwartet, dass sie einen Grossteil der Betreuungs- und Haushaltarbeit leistet, was oft zu einer finanziellen Abhängigkeit vom Ehemann führt. Sollte sie verwitwet oder geschieden werden, steht sie oft mit leeren Händen da, hat den Wiedereinstieg in den Beruf verpasst und wenig eigenes Geld. Ich bin nicht der Auffassung, dass jede Frau berufstätig sein muss, aber auch eine Hausfrau muss finanziell abgesichert sein. Sie sollte deshalb am Lohn «beteiligt» sein bzw. ebenbürtig darüber verfügen können und die Möglichkeit erhalten, eine eigene Pensionsversicherung aufzubauen. Männer und Frauen sollten finanziell unabhängig ihr Leben gestalten können.

Wo werden Männer am meisten benachteiligt?

Bei der alleinigen finanziellen Verantwortung für die Familie. Wollen sie Familienarbeit übernehmen, bewilligen ihnen die Firmen oft keine Teilzeitarbeit. Wenn Männer sich vermehrt an Familienarbeit und Kinderbetreuung beteiligen, können Frauen berufstätig sein und zum Einkommen beitragen. Das geschieht in vielen jungen, partnerschaftlich organisierten Familien zunehmend.

Zum Schluss: Ein kurzer Kommentar zum Abstimmungsergebnis der Verfassungsinitiative HalbeHalbe am 30. August?

Da freue ich mich doch über die 21% Befürworter*innen, die der guten Kampagne gefolgt sind. Von den anderen 79% erwarte ich, dass sie es ehrlich meinen und sich mehr Frauen in politischen Gremien wünschen. Die nächsten Landtagswahlen werden es ans Licht bringen.

Herzlichen Dank für das Gespräch.

Heute unvorstellbar: Bis 1996 waren Mann und Frau gesetzlich nicht gleichberechtigt.

Frauen durften, wenn der Vater ihrer Kinder starb, die Vormundschaft für ihre Kinder nicht übernehmen, es wurde ihnen ein Vormund zur Seite gestellt. Der Ehemann hatte das Recht, das Vermögen seiner Frau zu verwalten und die Zinsen oder Erträge zu behalten. Die AHV-Rente wurde nur an den Mann ausbezahlt, heute wird sie gesplittet und hälftig auf zwei Konten einbezahlt. Eine Mutter durfte ihre Kinder nicht gesetzlich vertreten, also z.B. nicht ohne Unterschrift des Vaters einen Pass für sie beantragen. Frauen durften nur mit stillschweigender oder ausdrücklicher Erlaubnis des Ehemannes berufstätig sein, nicht in die Steuerakten Einsicht nehmen, hafteten aber für die ganze Steuerschuld, wenn der Mann die Steuern nicht bezahlen konnte. Und sie durften keine grösseren Anschaffungen tätigen. Am stärksten umstritten war die Weitergabe des Bürgerrechts. Während alle Väter ihren Kindern das liechtensteinische Bürgerrecht vererben konnten, waren die Kinder einer liechtensteinischen Mutter, sofern diese einen Ausländer geheiratet hatte, Ausländerinnen und Ausländer.

NEUE IMPULSE FÜR DIE FREIE LISTE AN DER GV IM SCHLÖSSEKELLER



Mit 16 darf man rauchen und Bier trinken. Beides empfehlen wir aus gesundheitlichen Gründen nicht. Mit 16 darf man noch nicht wählen. Das hingegen empfehlen wir aus partizipatorischen Gründen und setzen uns dafür ein.

Text von Alexa Ospelt, info@weissmagazin.li

16 AUFWÄRTS



Stichhaltige Gründe gegen Wahlalter 16 sind schwer zu finden. Einige führen an, dass Jugendliche manipulier- und beeinflussbar sind. Ausserdem heisst es, sie können noch zu wenig zwischen Fake News und Fakten unterscheiden, z.B. in den

Social-Media-Kanälen. Gut möglich. Das gilt aber – in unterschiedlichen Ausprägungen – genauso für viele Erwachsene. Forschungen über Werbewirksamkeit belegen, dass Menschen jeden Alters beeinflussbar sind. Davon können wir ausgehen. Ansonsten wäre Werbung in allen ihren Formen wohl inexistent. Weiter heisst es bei den Gegnern oft, 16jährige hätten kaum Interesse an Politik. Die Junge Liste z.B., die an der GV der Freien Liste am 10. September engagiert ihre politischen Ideen präsentiert hat, widerlegt diese Behauptung. Ebenso Angilina Davida, Mitglied der Jungen Liste, in ihrem Beitrag auf den folgenden Seiten. Seit einiger Zeit bereitet die Junge Liste – begleitet und unterstützt vom Abgeordneten Thomas Lageder – eine Petition zum Wahlalter 16 vor. Auch die Bewegung «Fridays for Future» stellt diese Meinung in Abrede, der Klimastreik im November 2019 in Liechtenstein wurde von Jugendlichen organisiert. Hand aufs Herz: Interessieren sich denn so viele Erwachsene, insbesondere ältere Menschen, ernsthaft für Politik?

Wie die Junge Liste an der GV ausgeführt hat, sprechen auch demographische Entwicklungen für Wahlalter 16. Der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung wird in den kommenden Jahren enorm ansteigen. Daraus folgt, dass Senior*innen ab 65 ein immer grösseres politisches Entscheidungsgewicht erhalten. Zur Veranschaulichung ein Zahlenbeispiel, ausgehend von einem mittleren Szenario: Im Jahre 2050 fallen auf je 100 Personen im Alter zwischen 20 bis 64 rund 53 Personen über 65 Jahre. Im Jahre 2014 lag dieses Verhältnis, der sogenannte Altersquotient, noch deutlich unter 30 Personen. (Quelle: Amt für Statistik, Bevölkerungsszenarien für Liechtenstein, Zeitraum 2015 bis 2050). Somit hat diese Altersgruppe einen starken Einfluss auf eine

Zukunft, die mehrheitlich den Jungen gehört. Die tragen später die Früchte oder eben die Folgeschäden der heutigen politischen Entscheidungen. Deshalb: Eine 80-Jährige darf selbstverständlich wählen, also warum nicht auch ihre 16-jährige Enkelin?

Diese Auflistung von Argumenten ist natürlich keineswegs abschliessend.

Österreich ist der erste Staat in Europa, der 2007 seinen jungen Bürger*innen das Wählen mit 16 ermöglichte.

Und unsere Nachbarn?

Blicken wir über die Grenzen in unsere Nachbarländer, sehen wir Österreich in der Vorreiterrolle. Dort ist seit der Wahlrechtsreform 2007 jede*r österreichische Staatsbürger*in wahlberechtigt, der oder die das 16. Lebensjahr spätestens mit Ablauf des Wahltages vollendet hat. Das nennt sich aktives Wahlrecht. Österreich ist der erste Staat in Europa, der seinen jungen Bürger*innen das Wählen mit 16 ermöglicht. Für das passive Wahlrecht, also um sich zur Wahl aufstellen lassen, muss man auch in Österreich 18 sein.

In der Schweiz gilt wie bei uns auf Landesebene Wahlalter 18, während Kantone und Gemeinden ein abweichendes Mindestalter festlegen können. Bisher haben nur die Gemeinden des Kanton Glarus als erste das aktive Wahlrecht für Jugendliche ab 16 Jahren erlaubt. Das passive Wahlrecht gilt auf allen Ebenen weiterhin ab 18.



Die Junge Liste von links nach rechts: Samuel Schurte, Angilina Davida, Seraphim Joliat, Ruben Bargetze, Jacqueline Stocker, Helga Weinzierl, Sara Kindle, Daniel Lochner, Andreas Verling und Nicolas Marxer. Die JL wünscht sich eine Absenkung des Wahlalters und wird im Herbst eine Petition beim Landtag einreichen.

In Deutschland dürfen die Jugendlichen auf Landes- bzw. Bundesebene mit 18 wählen, aber bei Kommunal- oder Landtagwahlen ist dies je nach Bundesland unterschiedlich geregelt. Berlin und Brandenburg und Schleswig-Holstein haben Wahlalter 16, während einige andere, z.B. Baden-Württemberg, Wahlalter 16 immerhin bei Kommunalwahlen erlauben. Nur eine Handvoll Bundesländer, darunter Bayern, halten bisher durchgängig am Wahlalter 18 fest.

Die Zeit ist reif

Liebe Leser*innen, erlauben Sie mir zum Schluss einen inhaltlichen Exkurs: Wir älteren Generationen haben ökologisch – umgangssprachlich gesagt – «Mist gebaut». In unserem Wachstumsstreben haben wir grosse Teile von Natur und Umwelt zerstört, Wälder gerodet, Produkte sorglos in Plastik verpackt und Verpackungen ins Meer geworfen, begeistert Strassen gebaut und mit unseren Abgasen den CO₂-Gehalt der Luft ins Gesundheitsschädliche gesteigert. Dahinter steckte keine böse Absicht, eher Gedankenlosigkeit – was die Situation nicht besser macht, im Gegenteil. Fasziniert und geblendet von schier grenzenlosen Möglichkeiten der modernen Technologie haben wir viel und mitunter auch Grosses geleistet, unseren Kinder alles ermöglicht, nur dabei die mahnenden Stimmen der Klimaforscher in den Wind geschlagen. Schon in den 1970er Jahren warnte der Club of Rome in «Grenzen des Wachstums» vor Umweltschäden und kämpfte um den Schutz der Ökosysteme. Heute kommen junge Menschen wie Greta Thunberg – sie war nicht die Erste – und

wehren sich dagegen, dass wir weitaus mehr Ressourcen verschwenden als natürlich nachwachsen. In wenigen Jahrzehnten verbrauchen wir beispielsweise fossile Rohstoffe, für die die Erde Millionen von Jahre brauchte, um sie zu erzeugen. Damit leben wir auf Kosten der nächsten Generationen. Wollen wir tatsächlich weiter so mit Ressourcen umgehen? Auch in Liechtenstein gingen die Jungen letzten November auf die Strasse. Das ist höchst anerkennenswert. Allein für ihren Mut und ihr Engagement haben 16-Jährige das Recht zu wählen verdient. Oder wie denken Sie darüber?

Fraktion und Präsidium der Freien Liste unterstützen die Forderung Wahlalter 16.

Aktives und passives Wahlrecht

Beim aktiven Wahlrecht ist man wahlberechtigt, d.h. man darf wählen gehen. Beim passiven Wahlrecht kann man von anderen gewählt werden und sich auf die Kandidatenliste einer Partei setzen lassen, d.h. man darf kandidieren.

Die Junge Liste hat zu ihrem Anliegen auch eigens einen Film produziert, der auf YouTube abgerufen werden kann.



Ich bin eine siebzehnjährige emanzipierte junge Frau und kann es überhaupt nicht ausstehen, wenn man mich nicht ernst nimmt oder mir sagt, ich sei zu jung, um etwas zu verstehen. Tatsache ist, dass ich euch verstehe, ihr aber nicht verstehen wollt. Deshalb werde ich euch ein Stück in meine «kindliche» Gedankenwelt mitnehmen und euch verstehen lassen. Passt aber bitte auf, dass ihr nicht auf meine Spielsachen tretet während der Reise ...

Text von Angilina Davida, angilina Davida@gmail.com



ICH BIN BEREIT ZU WÄHLEN



In einer funktionellen Demokratie ist es meines Erachtens ein wichtiger und essenzieller Punkt, dass jede Seele das Recht hat, die eigene Meinung vertreten zu dürfen oder aber auch Meinungsträger*innen zu unterstützen und als vollwertige*r Wähler*in angesehen zu werden. Lassen Sie Ihr Schubladendenken für einen Moment los und sehen Sie nicht das Alter eines Menschen, sondern den Menschen selbst, die Seele selbst, welche probiert, ihre Zukunft in die Hand zu nehmen und die Welt, in der sie lebt, in eine Welt zu gestalten, in der jede und jeder einzelne von uns als ein wahres und echtes Individuum angesehen wird. In der wir Menschen unsere Meinungen ausdrücken können und es gern gesehen wird, wenn junge Menschen ihre Meinungen offenlegen, gänzlich egal, mit welchem Flügel sie fliegen. Wichtig ist einzig

«Nun lassen Sie mich ein paar meiner Gedanken mit Ihnen teilen, Ihnen zeigen, was für ein Potenzial in uns steckt und welche Chance auf gute Politik Sie verpassen.»

und allein, dass diese Meinungen, denen die Zukunft später einmal gehört, wahrgenommen werden und jetzt schon Teil der Gesellschaft werden. Denn wenn ihr uns die Chance verweigert auf Mitbestimmungsrecht und Meinungsfreiheit, indem ihr uns beibringt, dass unsere Gedanken, Werte und Standpunkte kein Gewicht oder keine Bedeutsamkeit haben, werden wir nie von Anfang an das Gefühl haben, dass wir wirklich Teil einer Gesellschaft sind, dass unsere Stimme zählt.

Wenn ihr uns die Chance verweigert auf Mitbestimmungsrecht und Meinungsfreiheit ... werden wir nie von Anfang an das Gefühl haben, dass wir wirklich Teil einer Gesellschaft sind, dass unsere Stimme zählt.

Natürlich kenne ich die Argumente, in denen man des Öfteren erwähnt und aufzählt, dass Jugendliche in diesem Alter häufig kein Interesse an den Tag legen, wenn es um Politik geht, dass sie keine Lebenserfahrungen haben, das komplette System auf den Kopf stellen wollen und sie zu sensibel sind. Nun lassen Sie mich ein paar meiner Gedanken mit Ihnen teilen, Ihnen zeigen, was für ein Potenzial in uns steckt und welche Chance auf gute Politik Sie verpassen durch Ihre eigene und bewusste Blindheit. Das Interesse an Politik entsteht durch den Geist des Menschen, seinen Blick auf die Welt und seine Kritikfähigkeit an unserem System, nicht an den Fältchen oder Altersflecken, die den Körper verzieren. Menschen, die sich nicht mit den Themen auseinandersetzen und kein Interesse am politischen Geschehen haben, werden nicht mit Ihnen diskutieren. Doch trotzdem ist es Ihnen lieber, keine Diskussion zu führen als mit einem Menschen, der sich brennend für Politik interessiert. Sie lassen sich von einer Zahl blenden, vergessen den Blick fürs Wesentliche und machen den gleichen Fehler wie seit Jahren: Je höher die Zahl, umso besser.

Durchaus bin ich mir im Klaren, dass ein älterer Mensch mehr Jahre auf dieser Welt verbringen durfte und so auch die ein oder andere Erfahrung miterleben konnte, Körper und Geist gereift sind und sich einiges an Wissen angesammelt hat. Doch unterschätzen Sie uns nicht, die Zeit, in der wir leben, lebt schnell und so konnten wir ebenfalls in den Genuss von Lebenserfahrungen und Wissen kommen. Ob Sie

es glauben oder nicht, Sie und ich sind auf Augenhöhe. Der kleine, aber feine Unterschied ist der, dass Sie als Teil der Gesellschaft angesehen werden und Ihre Meinung von Bedeutung ist.

Unser System ist ein Kinderkartenspiel, in dem es das Ziel ist, Macht zu erlangen. Die wenigsten Menschen passen mit ihrem individuellen Charakter in ein System, das seine Türen nur offenhält, wenn du in dein Kostüm des Stereotypen passt und sein krankes Spiel taguein, tagaus mitspielst. Also kann ich mit gutem Gewissen sagen, dass unser System einiges aufzuholen hat und es an den Schultern gepackt werden und wach gerüttelt werden muss. Natürlich ist es nicht leicht für uns junge Menschen, wenn unsere eigene Meinung nicht als Kritik und Ansicht der Dinge angesehen wird, sondern nur als Quengeln eines Kindes. Das Faszinierende daran ist, dass wir immer weiter und lauter «quengeln» werden, denn wir wollen ein System, in dem wir als Individuen angesehen werden und nicht als ein Zellhaufen ohne Gefühle.

Die Welt ist faszinierend und frustrierend zugleich und genau dies und die Wichtigkeit unserer sensiblen Seite unseres Seins lässt uns nicht durchdrehen.

Ich bin am Ende meiner Gedankengänge angekommen und ich hoffe, dass Sie sich im Klaren sind, dass eine Zahl nichts über die kognitive Reife eines Menschen sagt.

Zur Person

Seit sie 13 Jahre alt ist, interessiert sich Angilina Davida für Politik. Als Ausgleich zu ihrem Beruf – sie macht eine Ausbildung als Fachangestellte Gesundheit – zeichnet sie, wann immer sie kann. Oft sind menschliche Körper ihr Sujet. Die Botenschaft ihrer Zeichnungen ist vor allem «jeder Körper ist schön in seiner Einzigartigkeit». Angilina ist ein engagiertes Mitglied der Jungen Liste, hat Freude am Dialog mit ihren Freunden und nutzt gerne soziale Medien.

Die Freie Liste wird 35 Jahre alt. Die Redaktion hat Vorstand, Fraktion und Gemeinderäte eingeladen, in einem kurzen Statement festzuhalten, was sie mit der Freien Liste verbinden und welche Themen die FL in den nächsten 5 Jahren bearbeiten soll. Hier eine Auswahl. Happy Birthday, Freie Liste!



Die Freie Liste ist seit Beginn meine politische Heimat und wird es hoffentlich weiterhin bleiben. Bei der FL nehme ich jenen Duft von Offenheit, Wagemut und in die Zukunft gerichtetem Denken wahr, der mir so wichtig ist. Was ich im beruflichen Bereich als Berufs- und Laufbahnberater meinen Klienten zu vermitteln versuche, kann ich mit dem Engagement in der Freien Liste selbst erfahren und leben: Mutig neue Wege gehen!

Georg Kaufmann, Fraktionssprecher im Landtag



Die Freie Liste wird sich auch in den nächsten 5 Jahren treu bleiben und ihre drei wichtigsten Themen Ökologie, sozialer Zusammenhalt und Demokratie in den Vordergrund stellen.

Im Pariser Abkommen haben wir uns bis in 10 Jahren (2030) dazu verpflichtet, unseren CO₂-Ausstoss um 40% gegenüber 1990 zu reduzieren. Dazu braucht es den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien, verbesserte Wärmedämmung bei Gebäuden und eine Reduktion des CO₂-Ausstoss durch den Verkehr.

Conny Büchel Brühwiler, Co-Präsidentin



Das Thema mit dem dringendsten Handlungsbedarf stellt für mich die betriebliche Pensionskassenversicherung dar. Wegen des anhaltend tiefen Zinsniveaus und des demographischen Wandels sinken die Umwandlungssätze und somit die Renten konstant. Es muss dringend gegengesteuert werden. Die Zeit drängt. Die Beiträge sind zu erhöhen, wobei sich die Arbeitgeber stärker als die Arbeitnehmer beteiligen müssen. Eine Anpassung an das Niveau der Schweiz bietet sich an.

Thomas Lageder, Landtagsabgeordneter



«Our house is on fire» (Greta Thunberg). Keine leeren Worte und Versprechen mehr. Wir müssen in den nächsten Jahren eine klimaneutrale und faire Zukunft gestalten, einen sozialen Ausgleich finden, Migrations- und Integrationsprobleme lösen, die Jugend beteiligen und Gleichstellung auf allen Ebenen herstellen. Dazu braucht es eine starke Freie Liste. Damit wir die Dinge verändern können.

Harry Hasler, Vorstandsmitglied



Welche Themen die Freie Liste bearbeiten soll? Den Ausbau eines ernstzunehmenden Radnetzes, damit das Fahrrad in Liechtenstein zu einer echten Alternative für den Arbeitsweg wird. Stärkung der Stromversorgung aus erneuerbarer Energie, weil grauer Strom der Umwelt schadet und viel zu billig ist. Spätestens Corona hat gezeigt, dass die Rahmenbedingung für Kleinstunternehmen und Start-ups verbessert werden müssen, Mut und Innovation müssen sich lohnen und wirken sich positiv auf den Standort aus.

Ute Jastrzab, Vorstandsmitglied



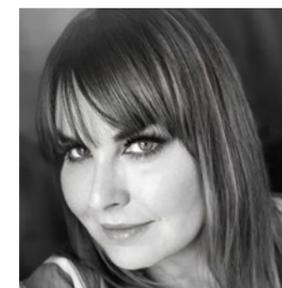
Ich wünsche der Freien Liste, dass sie in den nächsten Jahren nochmals erheblich gestärkt wird. Sie hat das Vertrauen der Bevölkerung verdient. Die Partei verfügt über konstruktive, integrative Konzepte, mit welchen die Herausforderungen gelöst werden können, der sich Gesellschaft und Wirtschaft stellen müssen. Persönlich verbinde ich mit der Freien Liste geteilte Freude und geteiltes Leid und viele Menschen, Mentorinnen und Mentoren sowie Kolleg*innen, jüngere und ältere, über deren Teamwork und Freundschaft ich mich ein Leben lang freuen werde.

Helen Konzett, Stv. Landtagsabgeordnete



Was verbinde ich mit der Freien Liste? Eine tiefe Freude, dass ich mit ihr in den kommenden Jahren Liechtenstein mit viel Engagement, Fantasie und Idealismus gestalten werde. Wir leben in einer Gemeinschaft und bewegen uns in einem gemeinsamen Raum. Das Wort «Gesellschaft» deckt für mich vieles ab, was wichtig ist. Das Miteinander, niemanden abzuhängen, Naturlandschaften, Ökologie, die Nachhaltigkeit, ÖV für alle, Fair Trade, Solidarität, Inklusion und Integration, all diese Themen werden wir gemeinsam weiter voranbringen.

Corina Vogt-Beck, Gemeinderätin, Triesenberg



Die Themen der Freien Liste werden sich – soweit sie dringlich sind oder unerledigt – von selbst ergeben: Klimawandel, geschlechterbezogene Chancengleichheit, gesicherte Lebensbedingungen für alle etc. Wichtig bleibt der Zugang der FL zum jeweiligen Thema, eben «sozial, demokratisch und ökologisch»! Ich verbinde mit der FL meine politische Bewusstwerdung in den Jahren um die Einführung des Frauenstimmrechts, angeregt durch meinen damals schon politisch engagierten Bruder.

Katja Langenbahn-Schremser, Gemeinderätin Planken

Umweltpolitisch sind wir ganz nach dem Motto «Uns nach, wir folgen euch!» unterwegs. Wir haben das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet, unser Handeln richten wir aber nicht danach aus. Wir wissen, dass in den letzten Jahrzehnten viele Pflanzen- und Tierarten ausgestorben oder heute davon bedroht sind. Nichtsdestotrotz erhöht sich die Siedlungsfläche in Liechtenstein pro Jahr durchschnittlich um ca. 23 Fussballfelder.

Text von Moritz Rheinberger, rheinberger.moritz@gmail.com

VERNETZTES DENKEN

Aber wehe dem, der es wagt, über ein griffiges Raumentwicklungsgesetz zu sprechen. Eine Umweltschutzgesetzgebung haben wir zwar, aber eine Mehrheit im Landtag ist dafür, die Überprüfung ihrer Einhaltung teilweise auszusetzen. Dies mit dem Ziel, neue Strassen bauen zu können. Ganz offensichtlich die geeignetste Massnahme überhaupt, um dem Klimawandel, den der Landtagspräsident in seiner Rede zum Staatsfeiertag zur wohl grössten Herausforderung der Weltgemeinschaft erklärt hat, begegnen zu können. Zuweilen scheint das einzig Konsequente an unserer Umweltpolitik die Inkonsequenz, mit der wir sie verfolgen.

Ein Beispiel

Zum Verkehrsproblem zwischen Rheinbrücke Vaduz und Triesen liegt seit Langem ein Bericht vor, der die verschiedenen Lösungsvarianten untersuchte. Resultat: Nicht etwa der Ausbau der Strasse wäre die beste Lösung, sondern andere Massnahmen. In der Folge hiess es, dass diese Untersuchung fehlerhaft war. Eine neue Untersuchung setzte sich dann nur noch mit den verschiedenen Strassenbauvarianten auseinander, also mit der Frage: links oder rechts um den Baum herum oder doch geradeaus und den Baum fällen.

Und so völlig unvoreingenommen gehen wir unsere Probleme an. Strategische Planung wollen wir nicht und Umweltverträglichkeit braucht es nicht. Wechselwirkungen mit anderen Bereichen ignorieren wir ganz einfach. Liechtenstein wurde zum Autoland hochstilisiert und manch ein Autofahrer sieht sich als fast schon vom Aussterben bedrohte Spezies. Und zumindest diesbezüglich scheinen wir uns dem strikten Artenschutz verschrieben zu haben. Allein warum, entzieht sich jeglicher Logik.

Was tun?

Solange in unseren Köpfen nicht ankommt, dass Umwelt und Natur nicht lästige Übel sind, die halt auch noch irgendwie mit einbezogen werden müssen, werden wir bezüglich der anstehenden Herausforderungen einen sehr schweren Stand haben. Vom Verlauf des Klimawandels und von der Entwicklung der Biodiversität hängt unsere künftige Lebensqualität dramatisch ab. Wenn wir diesbezüglich Erfolge erzielen wollen, müssen wir endlich anfangen, in Zusammenhängen zu denken, und nach den besten Lösungen für uns als Gemeinschaft streben.

Die gute Nachricht ist, dass das zu schaffen ist. Die bessere Nachricht ist, dass es auch unseren Wirtschaftsstandort stärkt.

Erfolgreiches Wirtschaften bedeutet, die Themen Klima, Biodiversität, Raumentwicklung, Energie und Mobilität vernetzt zu denken und die gegenseitigen Wechselwirkungen zu berücksichtigen. Das mag zwar nicht zu maximalem Profit führen, sichert dafür unser aller Auskommen und eine hohe Lebensqualität langfristig.

Zuweilen scheint das einzig Konsequente an unserer Umweltpolitik die Inkonsequenz, mit der wir sie verfolgen.



Wir stochern in unserer Umweltproblematik herum, statt in Zusammenhängen zu denken und Lösungen zu implementieren. Moritz Rheinberger stellt dies in seinem Beitrag treffend dar.

Zur Person

Moritz ist in Vaduz aufgewachsen, dort in den Kindergarten und bis zur Matura in die Schule gegangen, wenn er nicht gerade Fussball gespielt hat. Nach seinem Abschluss an der ETH Zürich zum Umweltnaturwissenschaftler arbeitete er für ein halbes Jahr am Geobotanischen Institut an der ETH Zürich, bevor er die Geschäftsleitung der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz für knapp drei Jahre übernahm. Seit 2014 arbeitet er für die Schweizerische Greina-Stiftung für die Erhaltung der alpinen Fließgewässer, zuerst als wissenschaftlicher Mitarbeiter, mittlerweile als stv. Geschäftsleiter. Daneben studiert Moritz seit Herbst 2014 berufsbegleitend Jura an der Universität Zürich. Er wohnt in Vaduz und ist Vater von zwei Mädchen.

Vor einigen Jahren, als zweifache Mama, die klassisch Teilzeit angestellt war – PR und Text – und ein Häuschen baute, beschloss ich, eine Zeit lang etwas kürzer zu treten. Ich wollte mich neu orientieren, da ich spürte, dass das noch nicht alles gewesen sein konnte. Ich hatte in meinem Leben vieles ausprobiert, wobei ich mich immer ganz auf etwas einliess und dabei das Vorherige in den Hintergrund rückte. Tatsächlich lebte ich dann das Leben einer Hausfrau, trotz einiger Aufträge als freie Texterin.

Text von Corina Vogt-Beck, corina.vogtbeck@gmail.com

DER KURVENREICHE WEG IST DAS ZIEL

Eines Tages sagte mein dreijähriger Sohn zu mir: «Gell, Mama, Papas gehen arbeiten und Mamas bleiben zu Hause.» Da wurde mir schlagartig klar, dass ich etwas ändern musste. Bemerkte ich die schleichende Unzufriedenheit und die unerfüllten Erwartungen bereits. Also habe ich einige Entscheide getroffen, die mit grossen, oft auch einschüchternden Konsequenzen einhergingen (im Sinne von Türen, die aufgingen, und sehr vielen, die sich gleichzeitig schlossen). Es hat sich gelohnt! Zwischenstand heute: Ich bin Gemeinderätin für die Freie Liste, Vorstandsmitglied von Hoi Quote und Frauennetz Liechtenstein und war Mitinitiantin von HalbeHalbe, meine Kinder sind mittlerweile davon überzeugt, dass es absolut normal ist, dass die Mama regelmässig zu Sitzungen fährt, manchmal Interviews gibt und oft am Computer arbeitet.

Das fasst anekdotisch zusammen, warum ich mich politisch engagiere.

Ideale verfolgen. Meine Motivation ist angetrieben von Idealismus, das heisst, die Gesellschaft besser zu machen für alle. Oft hört man, dass junge Menschen idealistisch seien und diesen Idealismus mit der Zeit verlieren würden, weil man als Erwachsener ja vernünftig sein müsse. Ich möchte meinen Idealismus bewahren und idealistische Arbeit leisten, mit allen Konsequenzen.

Vorbild sein. Entscheidend ist das, was du tust, und nicht das, was du sagst. Unsere Kinder und die Gesellschaft brauchen Vorbilder, keine schönen Reden mit «man könnte, man sollte, man müsste». Das gilt

für die Kernfamilie genauso wie die Politik. Gerade in unserer konservativ geprägten Kultur brauchen wir weibliche Rollenvorbilder, die den Weg für nachfolgende Generationen ebnen und dafür sorgen, dass vieles selbstverständlich wird, was heute noch nicht ist.

Mitgestalten. «Alles ist Politik», davon bin ich überzeugt. Im Sinne von Paul Watzlawicks Aussage: «Man kann nicht nicht kommunizieren», sage ich: Man kann nicht nicht politisch sein. Dort, wo Menschen eine Gemeinschaft bilden, wird Politik gemacht. Auch in einer Familie, in einer Nachbarschaft, in der Schule, im Dorf. Politik kann und soll nicht etwas sein, das einige von oben herab entscheiden und tun. Politik ist das, bei dem alle mitwirken. Politik ist für mich also nicht Macht, sondern die Freiheit, die Möglichkeit, (mit)zugestalten.

«Politik kann und soll nicht etwas sein, das einige von oben herab entscheiden und tun. Politik ist das, bei dem alle mitwirken.»



Hat sich ihren Idealismus bewahrt: Corina Vogt-Beck versteht Politik als Freiheit zum Mitgestalten.

Das tönt sehr einfach, war und ist es allerdings nicht. Denn es gibt viele Hürden und Fragen, die sich einem stellen, wenn man sich ernsthaft politisch engagieren möchte. Und dabei gibt es zahlreiche, die in unserer Gesellschaft vor allem Frauen betreffen.

Vereinbarkeit von Familie und Politik. Über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde schon fast alles gesagt und geschrieben, wenn auch oft ohne eine Veränderung oder Verbesserung der Situation. Wie sieht es aber aus mit der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik? Wie sollen Frauen dies organisieren, und warum organisieren dies in der Regel die Frauen? Wie lassen sich die langen Landtagsessionen und die Kommissionsarbeit mit den Schulzeiten der Kinder vereinbaren?

Soziale und Altersabsicherung. Ein Landtagsmandat ist – gerade bei einer kleinen Partei – zeitlich einer 60-Prozent-Anstellung gleichzusetzen; schliesslich hat man ja den Anspruch, es ganz oder gar nicht zu machen. Es wäre also ein guter Teilzeitberuf. Jedoch besteht grosser Handlungsbedarf, was die Sozialversicherungen und die Altersvorsorge anbelangt. Das gilt es anzugehen, auch im Sinne einer Professionalisierung des Landtages.

«Kann ich das?» Vor allem Frauen stellen sich diese Frage. Das hängt damit zusammen, dass sie oft den Kopf nicht freihaben, um sich intensiv auf politische Fragen einzulassen, Sachbücher zu lesen, Vorträge zu besuchen, an Diskussionsrunden teilzunehmen, zu netzwerken. Zudem muss das Umfeld Verständnis für diese Art der unbezahlten Arbeit aufbringen. Und es hängt damit zusammen, dass Frauen oft einen Lebenslauf mit Brüchen und Familienphasen haben. Die Jahre, die man in den Aufbau einer politischen Karriere investiert, sind oft die «Familiengründungsjahre». Es ist kein Geheimnis, dass Männer in der Regel Vollzeit arbeiten und Frauen den Rest «managen». Nur – diese Managerinnen-Stellen sind weniger hoch angesehen als die «richtigen». Dies liegt daran, dass unbezahlte Arbeit – auch im Wortsinn – weniger wertgeschätzt wird als bezahlte Arbeit und ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt ist.

Gemeinsam mit meinen Kolleg*innen möchte ich diese und viele anderen gesellschaftspolitischen Themen aufgreifen, Wege finden und Lösungen wieder angehen, die möglicherweise schon in einer Schublade ruhen, um unser Land in diesen Fragen einige grosse Schritte weiterzubringen.

In den letzten Monaten haben sich die Parteien, egal welcher Ausrichtung, gerne einen grünen Anstrich gegeben. Dabei darf es nicht bleiben, denn Grün ist weit mehr als eine Farbe. Wo gibt es Handlungsbedarf?

Text von Patrick Risch, patrick.risch@landtag.li

WEIL EIN BISSCHEN GRÜN, NICHT GRÜN GENUG IST ...

Stolz präsentiert sich Liechtenstein als Weltmeister bei der Bio-Landwirtschaft – in keinem anderen (industrialisierten) Land ist der Anteil der Bio-Landwirtschaft höher als in Liechtenstein.

Fast 40% beträgt der Flächenanteil in Liechtenstein, welcher nach den strengen Bio-Richtlinien bewirtschaftet wird. Das Bio-Label nützt nicht nur der Landwirtschaft, höhere Erträge für ihre Produkte zu erhalten. Auf Bio-Betrieben ist die Artenvielfalt höher, es werden keine chemisch-synthetischen Herbizide und Pestizide eingesetzt. Erlaubt sind ausschliesslich organische Düngemittel. Bio-Gemüse und -Früchte haben vermutlich nicht mehr Vitamine und Mineralstoffe, doch sie sind erwiesenermassen schmackhafter. Bio-Produkte sind auf Dauer für die Konsumenten gesünder, denn sie sind nicht mit Pestizid- und Herbizid-Rückständen belastet.

Ökologisch ohne Spritzmittel

Daher reichte die Freie Liste im September 2018 ein Postulat ein, mit der sie die Regierung aufforderte, Massnahmen zu prüfen, wie eine stärkere Ökologisierung der Landwirtschaft in Liechtenstein erreicht werden kann. Die Regierung machte bei der Beantwortung des Postulats klar, dass eine Stärkung einer ökologischeren Landwirtschaft eine gute Sache sei, sie aber nicht beabsichtigte, weitere stärkere Massnahmen zu setzen, damit der Bio-Anteil mittelfristig in Liechtenstein steigen wird.

Es braucht dringend ein Umdenken in Bezug auf Erhalt und Schutz der Artenvielfalt und Förderung von naturnahen Lebensräumen. In den letzten Jahren gab es einen beträchtlichen Schwund an Insekten. Insekten sind für ein gesundes Ökosystem unentbehrlich. Heute fliegen und surren fast 75% weniger Insekten in unseren Wiesen und Wäldern. Mitverantwortlich sind auch die Spritzmittel der Landwirtschaft. Noch immer sind Neonicotinoide, ein für

Insekten hochgiftiges Spritzmittel, in der Schweiz und somit in Liechtenstein erlaubt. Die Agrar-Chemie-Industrie wehrt sich bisher erfolgreich gegen Studien, die immer wieder belegen, wie schädlich die von ihr angebotenen Spritzmittel sind. So ist bis heute Glyphosat als Spritzmittel erlaubt. Obwohl bereits erwiesen ist, dass Glyphosat krebserregend ist.

Rückstände verunreinigen Trinkwasser

Es sind ja nicht nur die Produkte, die wir von den Feldern ernten und essen, die belastet sind. Es sind auch die Abbauprodukte, die zunehmend zu einem Problem in der Trinkwasserversorgung werden. Leider dauert es oft Jahrzehnte, bis ein Spritzmittel sich als gefährlich offenbart. So auch Chlorothalonil, das von 1970 bis 2019 als Fungizid im Gemüsebau verwendet wurde. Erst zu Beginn des Jahres 2020 wurde es vom schweizerischen Bundesrat überraschend verboten, da es «wahrscheinlich krebserregend» ist. Ein Abbauprodukt davon findet sich in vielen Grundwasservorkommen – auch in Liechtenstein. Der Grenzwert wurde bei einigen Grundwasserpumpwerken leicht überschritten. Bis jetzt sind wir noch in der glücklichen Lage, dem Wasser Quellwasser beizumischen und so eine Verdünnung der Rückstände herbeizuführen. Heute sind wir noch in der Lage, qualitativ einwandfreies Hahnenwasser zu trinken. Doch das Beispiel zeigt, dass wir heute handeln und das Trinkwasser vor einer Verunreinigung schützen müssen. Es sind nicht nur die Herbizide, Pestizide oder Fungizide. Es sind auch Medikamentenrückstände im Abwasser, die früher oder später den Weg ins Grundwasser finden. Oder das Nitrat aus den gedüngten Feldern, das heute schon im Grundwasser anzutreffen ist.

Potenzial für gemeinsame Abfallbewirtschaftung

Eine Mülldeponie aus den 70er Jahren war dieses Jahr Thema einer Kleinen Anfrage im Landtag und

erlangte so ein mediales Interesse. Es gibt in Liechtenstein bereits 92 bekannte Standorte, an denen Abfall entsorgt wurde. In den meisten Fällen wurde nur sauberes Material aus Baustellen entsorgt, doch in 20 Fällen wird vermutet, dass auch Müll aus den Haushalten und dem Gewerbe entsorgt wurde. Seit Jahrzehnten gibt es gesetzliche strenge Vorgaben für Deponien, doch lange wurden diese von den Betreibern, den Gemeinden ignoriert – und das Land schaute weg.

Das Abfallwesen ist Sache der Gemeinden, genauso wie auch der Betrieb von Deponien. Durch die rege Bautätigkeit im Land füllen sich die Deponien mit Rekordtempo. Die Deponien im Unterland werden allesamt in wenigen Jahren ihre Kapazitätsgrenzen erreicht haben – sprich sie sind voll. Obwohl Schaan und Vaduz über ausreichend Kapazitäten für die nächsten Jahrzehnte verfügen und das Aushubmaterial aus den restlichen Gemeinden problemlos aufnehmen könnten, laufen derzeit Abklärungen, um neue Deponien im Unterland zu schaffen. Ein möglicher Standort ist östlich der Landstrasse im

«Bio-Produkte sind auf Dauer für die Konsumenten gesünder, denn sie sind nicht mit Pestizid- und Herbizid-Rückständen belastet.»

Limsenegg in Ruggell und ein weiterer wird in der Krachenrüfe in Nendeln geprüft. Eine Deponie verändert eine Landschaft unwiederbringlich, auch die Umwelt wird verändert. Die Gemeinden geniessen in Liechtenstein grosse Autonomie, doch in Sachen nachhaltige Abfallbewirtschaftung muss das Land strengere gesetzliche Auflagen schaffen und die Gemeinden auch bei der Frage der Deponien zur Zusammenarbeit bewegen.



Patrick Risch engagiert sich für ökologische Landwirtschaft.

Die Politik ist gefordert, denn frühe Förderung ist nicht nur eine sozialpolitische und gesundheitspolitische, sondern auch eine bildungspolitische Aufgabe.

Text von Conny Büchel Brühwiler, praesidium@freieliste.li

FRÜHE FÖRDERUNG ERHÖHT DIE ENTWICKLUNGSCHANCEN DER KINDER

Doch was ist frühe Förderung?

«Frühe Förderung» umfasst alle Massnahmen mit dem Ziel, Kindern bereits vor ihrer Geburt und bis zum 4. Lebensjahr eine durch tragende Beziehungen geprägte, möglichst anregungsreiche und stressfreie Umwelt zu ermöglichen. Das können sowohl strukturelle Massnahmen (z.B. Elternurlaub, familienfreundliche Erwerbsarbeitsmodelle, Kindergeld) als auch Massnahmen im Zusammenhang mit Medizin, der Sozialhilfe, Elternberatung oder der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung sein.

Gesundheitsförderung und Prävention setzt sich zum Ziel, gesundheitliche Potenziale von Menschen zu stärken. Zahlreiche Forschungsergebnisse aus verschiedenen Fachbereichen zeigen die lebenslange Bedeutsamkeit der ersten Lebensjahre – sei es für die Gesundheit, das Lernverhalten oder die psychische Entwicklung. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD fordert beispielsweise, dass mehr staatliche Gelder in den frühkindlichen Bereich investiert werden. Frühe Förderung sorgt dafür, dass Kinder einen möglichst gesunden Start ins Leben, fairere Bildungschancen und damit gute Chancen auf lebenslange Gesundheit erhalten. Auch aus ökonomischer Sicht lohnt sich frühe Förderung. Studien zeigen (Prof. Dr. Margrit Stamm, 2009¹). Frühkindliche Bildung in der Schweiz, dass sich die Investitionen in die frühe Förderung ein Leben lang auszahlen. In Liechtenstein bestehen unterschiedliche Angebote im Bereich der frühen Förderung.

Angebot ist zu wenig bekannt und zugänglich

Wir kennen die Mütter- und Väterberatung, das Familienzentrum Müze, Kindertagesstätten, Tagesmütter und Spielgruppen. Es gibt Angebote des Eltern-Kind-Forums (EFK) für Eltern und Neugeborene; ein Beratungsangebot für Eltern mit Kindern

von 2-4 Jahren oder «Femmes-Tische», die Familien Kontaktmöglichkeiten und Erziehungshilfe bietet. Einen sprachlich-spielerischen Schwerpunkt setzen einige Gemeindeschulen mit Eltern-Kind-Angeboten ab 3 Jahren, wie die «Mach-mit-Nachmittage» oder sprachliche Schwerpunktangebote wie «Wir spielen Deutsch». Diese Aufzählung der Angebote ist lange nicht abschliessend. Die Zugänglichkeit, Erreichbarkeit und Bekanntheit der Angebote für alle Eltern und Kinder muss aus Gründen der Chancengerechtigkeit verbessert werden.

Das wurde auch in der Studie «Frühe Kindheit in Liechtenstein»² erkannt. Als eine Massnahme beauftragte das Amt für Soziale Dienste das Eltern Kind Forum (EKF), eine Koordinations- und Beratungsstelle Frühe Förderung (KBFF) einzurichten und zu führen.

Das EKF betreut das Familienportal³, welches eine deutliche Verbesserung für die Übersichtlichkeit darstellt. Doch es braucht auch Verbesserungen, denn die Informationen auf dieser Homepage sind nicht umfassend und auch für fremdsprachige

«Alle Angebote im Bereich der frühen Förderung müssen qualitativ hochstehend und überprüfbar sein.»

Familien nicht verständlich. Übersetzungen der Familienbroschüre mit allen relevanten Angeboten sollten künftig zur Verfügung gestellt werden. Ich bin der Ansicht, dass auch ein Familien- und Beratungszentrum mit verschiedenen, niederschweligen Angeboten unter einem Dach künftig mehr Familien erreichen würde.

Es braucht verbindliche Rahmenbedingungen, denn die Qualität der Angebote ist ausschlaggebend.

Mit finanzieller Förderung durch Land und/oder Gemeinden könnten verbindliche, gemeinsame Standards, gezielte Aus- und Weiterbildung, transparente Datenerfassung und qualitätssichernde Aufsicht in allen Bereichen geschaffen werden. Alle Angebote im Bereich der frühen Förderung/der Frühförderung müssen qualitativ hochstehend und überprüfbar sein. Schliesslich geht es um die kleinsten und schützenswertesten Menschen in unserer Gesellschaft.

Aus meiner langjährigen Erfahrung als Heilpädagogin finde ich es sinnvoll, künftig verbindliche Angebote im Bereich der sprachlichen Frühförderung für Kin-

der ab drei Jahren zu schaffen, denn die Sprachentwicklung in diesen frühen Kinderjahren ist entscheidend für den Erwerb der Erst- und Zweitsprache und somit über den weiteren und hoffentlich erfolgreichen Bildungsverlauf eines Kindes. Die Sprache ist der Schlüssel zum Lernen und Verstehen.

Für bessere Entwicklungs- und Bildungschancen:

- Bezahlte Elternzeit im ersten Lebensjahr des Kindes
- Verbindliche Rahmenbedingungen und Qualitätssicherung für die frühe Förderung
- Verbindliche Angebote zur frühen Sprachförderung für besser Bildungschancen
- Erweiterung des Pflichtschulbereichs auf beide Kindergartenjahre

¹ www.margritstamm.ch

² Sophie von Liechtenstein Stiftung Studie «Frühe Kindheit in Liechtenstein», Mai 2019

³ www.familienportal.li



FL-Co-Präsidentin Conny Büchel Brühwiler sieht Frühe Förderung als zentrale Massnahme für bessere Bildungschancen von Kindern.

Nach fast vier Jahren Landtag zieht der Fraktionssprecher der Freien Liste Resümee. Georg Kaufmann kritisiert die Diskussionskultur in der Politik und lobt sie zugleich – zwei Seiten einer Medaille.

Interview: Alexa Ospelt

POLITIK UND VERTRAUEN IN EINKLANG BRINGEN

Georg Kaufmann, wie hat sich Dein Alltag verändert, seit Du Fraktionssprecher bist?

Ich war zuvor 100% Berufs- und Laufbahnberater, heute liegt mein Fokus zu zwei Dritteln auf der Landtagsarbeit. Als Politiker trete ich zudem regelmässig in der Öffentlichkeit auf und lebe ein extrovertiertes Leben. Eine neue Erfahrung.

Am 22. Oktober bist Du im Bildungshaus Gutenberg. Ihr diskutiert öffentlich über Vertrauen in die Politik. Schaffen Gespräche Vertrauen?

Mitunter ja. Vertrauen im Landtag nahm ich zum Beispiel bei der Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft spürbar wahr. Es wurde offen, transparent und ernsthaft diskutiert. Anders erlebte ich es beim IV-Postulat im Herbst 2017, der Landtag hat unser erfolgreich überwiesenes Postulat mit dem Bericht der Regierung sang- und klanglos abgeschlossen (d.h. abgeschlossen). 13 Abgeordnete stimmten dafür, keiner gab eine Erklärung ab. Ihr Schweigen wirkte intransparent und wenig vertrauensfördernd. Es ging letztlich wohl darum, den Regierungsrat zu unterstützen.

Vertrauen bedingt Offenheit und Diskussion auf Augenhöhe. Politik und Vertrauen sind schwer in Einklang zu bringen. Versteckte Abmachungen sind wenig förderlich und Hierarchie ist fehl am Platz.

Wie ist der Umgang in der Freien Liste?

Wir in der FL-Fraktion sind ein heterogenes Team mit unterschiedlichen Charakteren, das macht es spannend und mitunter auch anspruchsvoll. Doch wir teilen unsere Einschätzungen miteinander, stecken uns gemeinsame Ziele und schaffen so eine vertrauensvolle Basis für politische Arbeit.

Einige Erinnerungswürdige Ereignisse aus der Legislaturperiode?

Sicher das Wohlwollen, das wir FL-Abgeordneten im Landtag immer wieder erfahren. Wir werden ge-

hört, setzen Akzente, die meisten unserer Vorstösse werden ernsthaft diskutiert. So konnten wir auch Erfolge erzielen, wie zum Beispiel die Abschaffung des Grundmandatserfordernisses im letzten Jahr oder beim überwiesenen Postulat zur ökologischen Landwirtschaft.

Andererseits auch die Krisen, die dramatische Amtsenthebung von Regierungsrätin Aurelia Frick, die Spaltungen in den Parteien, die viel Unruhe in den Landtag brachten. Aufgrund der Präzedenzfälle bei FBP und DU hat die BLK (Besondere Landtagskommission) reagiert und einen ersten Bericht in die interne Vernehmlassung geschickt. Es gilt abzuwägen zwischen der Gewichtung des Wählerwillens einerseits und dem freien Mandat des Abgeordneten andererseits. Das Ergebnis sollte noch vor Ende dieser Legislatur dem Landtag vorgelegt werden.

Viele erinnern sich noch gut an das IV-Postulat. Bewegt sich da noch etwas?

Einer meiner ersten Impulse als Abgeordneter war das Postulat «Invalidenversicherung».

Da ging es darum, dass Geringverdiener von der IV-Gesetzgebung im Ernstfall benachteiligt werden und die Sozialversicherungen besser koordiniert sein müssen. Das Defizit war offensichtlich. Das Postulat wurde überwiesen und die Medien berichteten wohlwollend und ausführlich. Das hat mich enorm motiviert. Leider ist danach nichts mehr passiert.

Ein Grund zu resignieren?

Überhaupt nicht. Ich war einfach konsterniert, weil ich das passive Verhalten der Abgeordneten damals nicht nachvollziehen konnte. Da war ihnen Parteipolitik wohl wichtiger als Sachpolitik. Doch habe ich es als «Lehrblät» genommen und gelernt, dass Politik diesbezüglich ihre eigenen Gesetze kennt.



Georg Kaufmann findet die Arbeit mit den unterschiedlichen Charakteren im FL-Fraktionsteam spannend.

Wie hast Du die Kommunikation vor den drei Abstimmungen Ende August empfunden?

Im Landtag hatten wir diese Themen in der Tiefe diskutiert und uns klar für die doppelte Staatsbürgerschaft und die S-Bahn ausgesprochen. Im Vorfeld zu den Abstimmungen agierten die Gegner der Vorlagen dann mit viel Polemik, so wurde auf einmal vor unechten Liechtensteinern gewarnt. Es wurde vereinfacht, («es profitiert nur die ÖBB von der S-Bahn»), und in der Abstimmungsbroschüre der Regierung war zu lesen: «Der VCL, die LGU und die Freie Liste werden alle Hebel bewegen, dass in Liechtenstein kein Millimeter Strasse mehr gebaut wird. Schon seit Jahren gehen die VU- und FBP-Regierungen diesen Verkehrsverhinderern auf den Leim». Solche Sätze haben in einer Informationsbroschüre der Regierung meines Erachtens nichts zu suchen.

Würdest Du den Landtag stärken? Wenn ja, wie und warum?

Ja, unbedingt. Landtagsarbeit ist kein Hobby, sondern Arbeit für die Demokratie. Landtagsarbeit ist sehr interessant und herausfordernd, doch die Arbeitsbelastung nimmt stetig zu. Die Mandatsentschädigung ist ok, doch nicht wirklich attraktiv, vor allem auch, weil keine Beiträge in die AHV und in die Pensionskasse fliessen. Ich meine, hier wären Anpassungen nötig. Ausserdem braucht es auf der inhaltlichen Ebene Unterstützung. Mein Vorschlag wäre, dass jede Frak-

tion finanzielle Mittel erhält, damit sie zu bestimmten Themen Fachpersonen beiziehen kann, welche die Abgeordneten bei ihrer Tätigkeit unterstützen.

Wie lebst Du die Werte der Freien Liste «sozial – demokratisch – ökologisch»? Ein Beispiel?

Seit Ende März arbeitet eine Photovoltaik-Anlage auf unserem Hausdach, mit dieser Energie betreibe ich die Wärmepumpe und decke einen schönen Teil meines Strombedarfs. Die Effizienz ist überzeugend: Im Vergleich zu früher muss ich nur noch etwa einen Drittel Strom zukaufen und produziere darüber hinaus ein Vielfaches an grünem Strom, welchen ich ins Netz abgebe. Ein nächster Schritt wäre eine Speicherung, eventuell gemeinsam mit den Nachbarn. Die Investition wurde zu einem schönen Teil mit Subventionen der Gemeinde Schaan und des Landes gedeckt. So sollte sich die Anlage in rund acht Jahren amortisieren.

Klimapolitik ist praktisch ein Synonym für Freie Liste. Welches Thema soll die FL noch bearbeiten?

Vor allem Themen entlang unserer Leitlinie «sozial – demokratisch – ökologisch». So haben viele Menschen Mühe, im Berufsleben zu bestehen, weil sie gesundheitlich angeschlagen oder 50+ sind und deshalb schlechte Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Unsere auf Leistung ausgerichtete Gesellschaft lässt das schlichtweg nicht mehr zu. Die Politik sollte hier aktiv werden. Wir bleiben dran.

Der Abstimmungssonntag vom 30. August brachte Klarheit. Die Resultate sind deutlich. Was bleibt?

Text von Thomas Lageder, thomas.lageder@landtag.li

DOPPELTE STAATSBÜRGER- SCHAFT: DAS POSITIVE

Abstimmung in Liechtenstein und (fast) alle gehen hin.

Zuerst ist sicher die sehr hohe Abstimmungsbeteiligung hervorzuheben. 83,5 Prozent der Bürger*innen haben ihre Meinung kundgetan. Demokratie lebt von Beteiligung und im Kern ging es bei der doppelten Staatsbürgerschaft um nichts Anderes: Es geht um Beteiligung. Daher ist sicherlich ein Dank an alle, die abgestimmt haben, angebracht, und es bleibt zu hoffen, dass auch an den kommenden Landtagswahlen die Beteiligung ähnlich hoch sein wird.

Ergebnis eigentlich ein Erfolg

38,5 Prozent haben sich dafür ausgesprochen, die doppelte Staatsbürgerschaft bei Einbürgerung für EWR-Bürger*innen und Schweizer*innen zu erlauben, ohne dass die Betroffenen auf die angestammte Staatsbürgerschaft verzichten müssen. Ein Uranliegen der Freien Liste. 20 Abgeordnete haben sich im Landtag dafür ausgesprochen. Die Vorlage hat also weit über die Parteigrenzen der Freien Liste hinweg Anklang gefunden. Es wird spannend sein, zu erfahren, was die Abstimmungsanalyse zeigen wird. Zu erwarten ist wohl, dass die Altparteien ihre Anhänger nicht hinter sich scharen konnten.

Potenzial nach oben

Richtig ist sicher auch, dass die Vorlage noch Potenzial nach oben gehabt hätte. Der Kompromiss, der eingegangen werden musste, die doppelte Staatsbürgerschaft bei Einbürgerung nur auf EWR-Länder und die Schweiz zu beschränken, war eine Einschränkung, die die Regierungsparteien ins Spiel gebracht haben. Sinnvoll wäre sicher eine Öffnung für alle Länder gewesen. Denn es ist auch für Menschen z.B. aus dem amerikanischen Kontinent ein unbefriedigender Zustand, wenn am Ende alle Familienmitglieder Doppelbürger sind, mit Ausnahme ausgerechnet jener Person, also meist Mutter oder Vater, die ihren Ursprung in einem amerikanischen Land hat. An dieser grotesken Situation wird sich leider bis auf weiteres nichts ändern.

Es gibt viel zu tun

Die Arbeit geht nicht aus. Gerade im Bereich der Volksrechte müssen, wenn es nach dem Landtag geht, weitere Verbesserungen implementiert werden. So hat der Landtag eine Motion eingebracht – also einen Auftrag an die Regierung erteilt, ein Gesetz auszuarbeiten –, die zum Ziel hat, dass bei einer Einbürgerung mittels Abstimmung in den Gemeinden alle Liechtensteiner*innen über die Einbürgerung befinden können. Heute ist es so, dass nur gerade diejenigen Liechtensteiner*innen über eine Einbürgerung abstimmen dürfen, die auch in ihrer Heimatgemeinde wohnhaft sind. Eine Erhebung des Liechtenstein-Instituts für das Jahr 2013 hat ergeben, dass in Planken gerade noch 38,4 Prozent abstimmen dürfen, weil sie eben in Planken wohnhafte Plankner*innen sind. In Vaduz sind das z.B. gerade noch 49,7 Prozent respektive 45,4 Prozent in Gamprin. Wir werden sehen, ob immerhin in diesem Bereich eine Mehrheit zu erzielen ist. Wie immer bleibe ich optimistisch und zuversichtlich.

«Richtig ist sicher auch, dass die Vorlage noch Potenzial nach oben gehabt hätte.»



Thomas Lageder bleibt optimistisch und zuversichtlich.

Anmerkung der Redaktion: Dieser Beitrag zur doppelten Staatsbürgerschaft wurde am 31.8. verfasst. Die im Text erwähnte Wahlauswertung des Liechtenstein-Instituts hat ergeben, dass bei der VU zwischen 39 und 49% der Wähler*innen den Parteiempfehlungen gefolgt sind (die VU hatte Ja zur S-Bahn und doppelten Staatsbürgerschaft und Nein zu HalbeHalbe empfohlen), während die FBP – die offiziell S-Bahn und doppelten Staatsbürgerschaft befürwortete und zu HalbeHalbe keine Empfehlung herausgegeben hat – noch auf zwischen 25 und 38 Prozent Zustimmung kam. Bei der Freien Liste fiel die Parteilustimmung massiv höher aus, nämlich zwischen 75 und 81%. Die FL sieht das klar als Bestätigung und Ansporn für ihr Engagement.

Grosse Betriebe oder die Liechtensteinische Landesverwaltung zeigen es vor und haben ein betriebliches Mobilitätsmanagement (BMM). Doch wo bleiben die staatsnahen Betriebe? Was machen die Gemeindeverwaltungen?

Text von Stephan Gstöhl, stephan.gstoehl@vaduz.li

BETRIEBLICHES MOBILITÄTSMANAGEMENT IN GEMEINDEVERWALTUNGEN



Bei den Gemeinden ist einiges im Gange. Die Gemeindeverwaltung in Eschen hat bereits ein BMM eingeführt. Das Mobilitätskonzept 2030 des Landes hält in zwei kurzfristig zu ergreifenden Massnahmen folgendes fest:

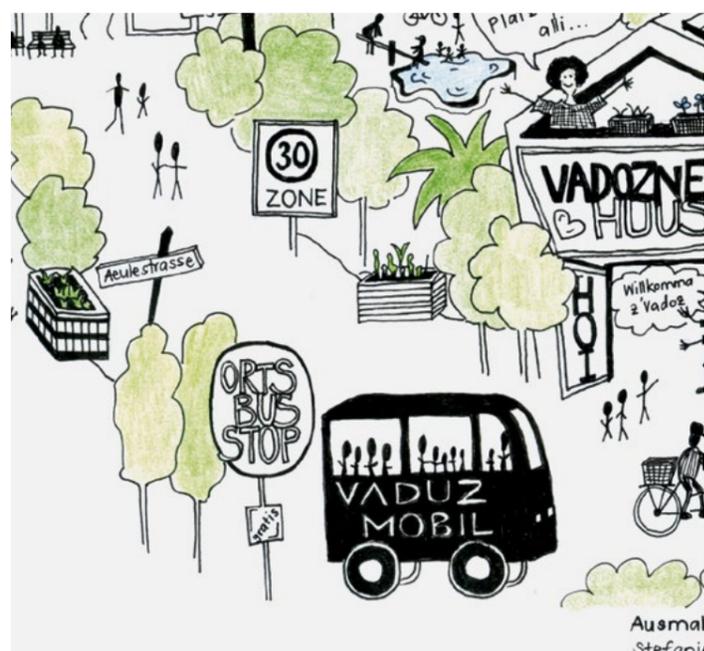
- «2.04 Prüfung der Verpflichtung der staatsnahen Betriebe zur Einführung eines betrieblichen Mobilitätsmanagements im Sinne einer Vorbildfunktion»
- «2.05: Unterstützung der Betriebe zur Einführung eines betrieblichen Mobilitätsmanagements»

Kurzfristig heisst bis 2025, also ist jetzt Zeit damit zu beginnen, oder?

Das BMM birgt ein grosses Potenzial zur Umverlagerung des MIV auf den öffentlichen Verkehr und Langsamverkehr und wird in Zukunft ein wichtiger Bestandteil hin zu einer Verkehrswende sein.

Das sagt nicht nur die Regierung in ihrer Postulatsbeantwortung. Dort heisst es «bei der Einführung eines flächendeckenden BMM mit verpflichtendem Parkplatzmanagement bzw. Parkplatz-Gebühren ergibt sich eine potenzielle Reduktion von 11,7 % bzw. rund 2'340 Fahrten.»

Auch die Stiftung Zukunft.li prognostiziert die Zukunft des Verkehrs als «automatisiert und vernetzt» und sagt: «Neue Steuerungssysteme kombiniert mit Mobility Pricing schaffen Anreize, ausserhalb der Spitzenzeiten zu fahren. Betriebliches Mobilitätsmanagement erfährt eine breite Umsetzung. Flexible Arbeitszeiten und Homeoffice werden stark



gefördert und von einem relevanten Anteil der Bevölkerung genutzt. Die Verkehrsspitzen können dementsprechend merklich gebrochen werden.»

Ja zu einer breiten Umsetzung, doch was ist dafür nötig? Zum einen die Einbindung der staatsnahen Betriebe. Super, das kann man sofort umsetzen. So sind die Gemeindeverwaltungen in Liechtenstein als nächste in der Pflicht. Ihre Nähe zu den Unternehmen, die grosse Einflussnahme im Bereich Verkehrsgestaltung und nicht zuletzt eine gelebte Vorbildfunktion sprechen dafür. Eine Gemeindeverwaltung kann ein attraktiver und moderner Arbeitgeber mit ökologischen Grundsätzen sein.



Vision für Vaduz. Ein Ausschnitt aus der Zeichnung von Stefanie Hasler, FL-Gemeinderätin, erstmals veröffentlicht im Weiss Magazin Nummer 31.

Eschen gehört zu den Vorreitern bei den Gemeinden. Vaduz ist in den Startlöchern.

Doch beim BMM geht es nicht nur um die Umverlagerung des MIV, es ist viel mehr: Bessere Gesundheit der Mitarbeiter*innen und weniger Krankheitstage für das Unternehmen, faire Behandlung der Mitarbeiter*innen bei der Wahl der Verkehrsmittels zum Arbeitsplatz, geringere Parkplatzkosten, höhere Produktivität und Zufriedenheit der Mitarbeiter*innen, glaubwürdige Massnahmen für eine nachhaltige Verkehrswende.

Eschen gehört zu den Vorreitern bei den Gemeinden. Andere folgen hoffentlich dem guten Beispiel. Aus welcher Gemeinde gibt es als Nächstes gute Nachrichten zum Thema BMM?

Was läuft in Vaduz in Sachen nachhaltige Verkehrswende?

Den Einstieg in die Legislatur-Periode machte die Diskussion rund um die Sperrung des Rheindamms. Ds wird an einem Park&Ride-Konzept für Pendler und Touristen gearbeitet und seit diesem Monat fährt der neue Ortsbus durch Vaduz. Auch zum betrieblichen Mobilitätsmanagement hat der Gemeinderat von Vaduz in der Sitzung vom 1. September beschlossen, einen ersten Schritt zu machen. Also es kann losgehen!



Wählen Kannst
Du noch nicht,
Maderl! Aber Du bist
immerhin für diese
Fahrzeugklasse
zugelassen... hihhi!

Wahlkabine

8520